

Brief aus Straßburg

an die Mandats- und Funktionsträger
in Bayern von Markus Ferber, MdEP

Ausgabe Juli 2017



Sonderausschusses zur Terrorbekämpfung

„Die Zusammenarbeit der europäischen Sicherheitsbehörden funktioniert nicht ausreichend. Das haben Terroranschläge, wie in London, Brüssel und Berlin in jüngerer Vergangenheit leider eindrücklich bewiesen“, so Markus Ferber. Wie kann die Anti-Terror-Zusammenarbeit in der EU verbessert werden? Dieser Frage soll in den kommenden 12 Monaten der Sonderausschuss zur Terrorbekämpfung nachgehen und Vorschläge machen, um den Datenaustausch zwischen den EU-Mitgliedstaaten zu verbessern.

Parlament fordert Ende der Türkei-Verhandlungen

Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Pressefreiheit werden in der Türkei immer weiter eingeschränkt. Das Europäische Parlament hat in dieser Woche mit breiter Mehrheit das Aussetzen der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei gefordert. „Wir sind schon lange an dem Punkt angelangt, an dem wir keine Beitrittsgespräche mit der Türkei mehr führen können. Das Aussetzen der Beitrittsverhandlungen ist längst überfällig“, so Markus Ferber. Er betonte, dass das Signal aus dem Parlament aber nicht nur in der Türkei registriert werden sollte, sondern vor allem von der Kommission. „Denn das Europäische Parlament packt das an, wozu sich die Kommission bis zu Letzt nicht durchringen konnten – der

Türkei endlich die rote Karte zu zeigen. Die Kommission kann die Forderung des Parlaments nicht mehr ignorieren. Jetzt müssen Taten folgen.“

Europäische Hersteller vor Dumping besser schützen!

„Billigeinfuhren schaden unseren europäischen Herstellern enorm. Wir brauchen schärfere Antidumping-Vorschriften, um unsere Industrien besser zu schützen“, so Ferber. Derzeit laufen mehr als 40 Antidumping- und Antisubventionsmaßnahmen der EU gegen marktverzerrende Stahlimporte aus Drittländern. Das Europäische Parlament forderte eine Überarbeitung der Vorschriften, die regeln, wann und wie diese Zölle verhängt werden können. „Es handelt sich hier nicht um Protektionismus, sondern um ein Instrument, das das Prinzip des freien Marktes schützt.“

Pflicht zur Steuerveröffentlichung: Balance wahren!

„Firmen sollen dort ihre Steuern zahlen, wo die tatsächliche wirtschaftliche Tätigkeit und Wertschöpfung stattfindet. Unterschiedliche Steuersysteme sollen nicht mehr dafür genutzt werden können, um die Steuerlast künstlich zu senken. Darin sind wir uns alle einig“, so Markus Ferber. In dieser Woche beschloss das Europäische Parlament ein neues Gesetz für mehr Steuertransparenz. Große Unternehmen müssen künftig

offenlegen in welchen Ländern sie wieviel Steuern zahlen. Markus Ferber war es dabei wichtig die richtige Balance zu wahren. Deshalb hat er sich für eine Schutzklausel eingesetzt, die vom Plenum mit großer Mehrheit angenommen wurde. „Sozialdemokraten, Grüne und Sozialisten wollten Unternehmen auch dann zur Offenlegung von Steuerinformationen zwingen, wenn dadurch sensible Geschäftsgeheimnisse offenbart werden würden. Das schießt übers Ziel hinaus“, kritisiert Ferber. „Damit hätte man der europäischen Wirtschaft einen Bärendienst erwiesen“, so Ferber. „Wenn sensible Steuerinformationen entlang der Wertschöpfungskette für jedermann offengelegt werden müssen, servieren wir den globalen Mitbewerbern strategische Informationen und Geschäftsgeheimnisse auf dem Silbertablett.“, so Ferber.

Wechsel der Ratspräsidentschaft

Der estnische Ministerpräsident Jüri Ratas hat in dieser Woche dem Europäischen Parlament die Schwerpunkte für die EU-Ratspräsidentschaft im 2. Halbjahr 2017 vorgestellt. Das baltische Land übernimmt den Vorsitz von Malta. Die estnische Regierung will sich während ihres sechsmonatigen Mandates auf die folgende Schwerpunkte konzentrieren: Eine offene und innovative europäische Wirtschaft, ein sicheres Europa, ein digitales Europa und freier Datenverkehr.



www.markus-ferber.de
E-Mail: info@markus-ferber.de

